

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

| | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803</p> | <p>Verantwortlicher Schriftleiter: Fröh Kummer Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16 Fernsprecher Nr. 8800</p> | <p>Erscheint wöchentlich am Samstag Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste</p> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Völkerbund und Arbeiterklasse

F. K. Wenn vor ein paar Jahren irgend einer behauptet hätte, Deutschland werde bald mit seinen Feinden von gestern bei friedlicher Beratung zusammen sitzen, er wäre hellweg verlacht worden. Und dennoch ist das für unmöglich Gehaltene geschehen. Am 10. September ist Deutschland im Völkerbund eingetreten und es hat einen Sitz in dessen Rat erhalten. Der Eintritt ist allerdings nicht beim ersten Anlauf geglückt. Allein, große Dinge vollziehen sich nun einmal nicht ohne Reibung.

Mit dem Eintritt Deutschlands in den Bund der Völker ist ein erfreulicher Schritt auf dem Wege zur Völkerverständnis, ein weltgeschichtlicher Akt vollzogen. Seine ganze Größe wird erst zu ermessen sein, wenn wir etwas weiter von der durch Jagdgeschrei und Mißtrauen noch arg verwirrten Zeit entfernt sind. Die Mächte, die sich die Zusammenarbeit der Völker nur mit dem Säbel vorstellen können, halten noch einen starken Teil der Geister im Damm. Zahlreiche Volksschichten folgen noch dem Strich, den ihnen nationalstiftliche Hände gezogen. Das ist in allen Ländern noch mehr oder weniger der Fall, vor allem aber in Deutschland. Darauf ist es auch mit zurückzuführen, daß sich der hoch bedeutsame Akt ohne gleichem Anteil der deutschen Bevölkerung vollzog. Wie hätte es wohl anders sein können? Dem deutschen Michel ist von Kindesbeinen an eingebläut worden, die andern Völker seien ihm bloß neidisch; sie näherten sich ihm, dem guten, fleißigen, ehrlichen Manne nur, um ihn zu überlisten. An politischen Geschäften durfte er nicht teilhaben, weltpolitisches Denken hat er nicht gelernt. Wie hätte er da die Bedeutung des Vorganges von Genuß voll ermessen und ihn begeistert begrüßen können? So blieb er teilnahmslos, hielt es weiter mit der Zweifelsucht, wenn er nicht gar den oben Gesagten nachschloß, der Völkerbund sei doch nur ein Bund der Sieger, der auf Fesselung Deutschlands ausgehe.

Gewiß war der Völkerbund bisher in gewissem Sinne eine Vereinigung der Sieger, aber seine Schuld war es gerade nicht. Gewiß hat er noch erdliche Schwächen oder Mängel, aber ein sechsähriges Wesen ist noch nie vollkommen gewesen. Und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß es Staaten, Regierungen oder Minister gibt, die dem Völkerbunde nicht grün sind und ihn am liebsten als Werkzeug ihrer besonderen Pläne haben möchten. Indessen kann und darf das kein Grund sein, dem Bunde fernzubleiben oder ihn mit giftigem Spott zu bedecken. Dazu ist die Sache viel zu ernst. Es wäre eine namenlose Unflugheit, mein ich unermesslich schweres Verbrechen, diesen ersten Versuch durch Teilnahmslosigkeit oder gar Gegenarbeit zum Scheitern zu bringen.

Dies gilt vor allem für die sozialistische Arbeiterklasse. Allerdings hat sie in diesem Rate der Völker noch nicht das ihr gebührende Stimmengewicht, auch stand nicht sie, sondern Vertreter bürgerlicher Regierungen bei dem feierlichen Akte am 10. September im Vordergrund. Allein, das braucht nicht immer so zu sein, und wird auch nicht immer so bleiben. Der Völkerbund wäre bestimmt noch nicht soweit gediehen ohne die jahrelange Vorarbeit der sozialistischen Arbeiterkraft, und er wird kein hohes Ziel schwerlich erreichen, wenn nicht die Arbeiterkraft seine ständige Drängerin und Wegweiserin ist. Dies muß die Arbeiterkraft bleiben, weil ihr mehr als einer andern Klasse an seinem Gelingen liegt. Sie hat die Streitigkeiten der Völker mit ihrer Wohlfahrt, mit ihren Großen und ihrem Blute zu büßen, und ihre Ziele sind ohne Völkerverständnis und Völkerfrieden nicht zu erreichen.

Das ist wahr für die gesamte internationale Arbeiterklasse, aber noch viel wahrer für die deutsche. Wie lange wurde, um das Gesagte durch ein Beispiel zu erhärten, nicht ihre Kulturarbeit durch die Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland gehemmt, wie oft wurde sie nicht durch Kriegsvorbereitung und Kriegsausbruch unterbrochen! Nun aber scheint eine bessere Zeit, eine von Völkerhege und Kriegslärm ungestörte Zeit anzubrechen. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wurde von dem französischen Außenminister Briand mit einer überaus begeisterten und begeisternden Rede begrüßt. „Es ist nun zu Ende“, rief Briand von der Bühne, die die Welt als Zuhörer hat, „es ist nun zu Ende zwischen Deutschland und Frankreich mit dem schmerzlichen und blutigen Zusammenstoßen; es ist zu Ende mit dem Krieg zwischen uns. Kein Krieg mehr, keine blutige Schlacht mehr zur Regelung von Konflikten. Jetzt wollen wir uns auf friedlichem Gebiete treffen.“ Daß diese Worte mehr sind als leeres Gerede eines Diplomaten, beweist schon das Gegeißel der deutschen reaktionären Presse. Und daß Briand die Stimmung der übergroßen Mehrheit seines Volkes ausdrückte, dafür liegen die Beweise in allen französischen Gassen. Für einen deutschen Staatsmann ist jetzt die Stunde zu einem Wert gekommen, das die Besten zu beiden Seiten des Wasgenwaldes seit Jahrhunderten erhehnt haben. Und an der sozialistischen Arbeiterkraft Deutschlands ist es, dafür zu sorgen, daß die Feinde der Annäherung zwischen den beiden Nachbarn mächtig weiter gedeihen. Denn für sie, für die deutsche Arbeiterkraft, handelt es sich hier um ihre Wohlfahrt, um ihr Lebensglück, um ihre Zukunft überhaupt. In der Tat.

Kommen die beiden großen Kulturvölker Europas erst einmal zu friedlicher Zusammenarbeit, ist eine Macht geschaffen zur Unterbindung der Kriege auf dem europäischen Festlande. Dadurch wird es der Arbeiterklasse erst eigentlich möglich, ihre tägliche Kleinarbeit wie ihr großes Bestreben wertvoll in Ruhe und Stetigkeit, mit viel sichererer Erfolgsaussicht zu vollbringen. Kurz für die Erreichung des sozialistischen Zieles ist erst dann die volle Gewähr geschaffen. Darum muß die Arbeiterkraft den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begrüßen. Darum ist sie verpflichtet, an seiner Verwirklichung freudig und eifrig mitzuwirken.

Was ließ sie schuldig werden?

Ik. Das entsetzliche Eisenbahnunglück bei Weiserte ist, wie sich nun herausgestellt hat, auf ein Verbrechen zurückzuführen, dessen Urheber zwei junge Leute sind. Beide entstammen Familien, die sich eines guten Rufes erfreuen. Das gleiche trifft auf den Mörder der Gräfin Lambsdorff zu. Der Berliner Polizeipräsident Dr. Friedeburg hat mit den drei Verbrechen eine Unterhaltung geführt. Er berichtet darüber in einem Schreiben an das Berliner Tageblatt (vom 14. September), worin es unter anderem heißt:

„... Alle drei jungen Leute sind weit entfernt von dem landläufigen Typ des ‚Verbrechers‘. Meiner Überzeugung nach handelt es sich bei ihnen um Menschen, die, wenn auch vielleicht labiler Natur, doch in einem geregelten Leben voller Arbeit und Ordnung schließlich zu Feinden der Gesellschaft geworden wären. Alle drei haben sich immer wieder gepußt, dauernde Arbeit zu finden, und alle drei sind ohne Zweifel durch die monatelange, teilweise jahrelange Erfolglosigkeit dieser Bemühungen in eine müde Verzweiflungskimmung hineingeraten, die sie allmählich jedes sittlichen Maßmaßes, ja sogar jedes sittlichen Interesses beraubte. Der wehmütig hoffnungslose Blick des einen, als er gefragt wurde, ob er sich denn nicht um Arbeit bemüht habe, und die knappe, halbgeheulte Antwort „und ob“ ließen erkennen, wieviel unsere Wirtschaftsordnung diesen Unglücklichen schuldig geblieben ist.“

Wir scheint ein Hinweis auf diese Zusammenhänge nicht unwichtig, da neuerdings besonders geschickte Volkswirte ausgerechnet zu haben behaupten, daß die Erwerbslosenentscheidung die billigste Form der Lösung des Erwerbslosenproblems darstelle, die Schaffung produktiver Arbeit aber die teuerste. Wie Straußberg und Weiserte in besonders krassen Ausprägungen zeigen, ist die Erwerbslosigkeit ja nicht etwa nur ein materielles, sondern in viel stärkerem Maße ein soziales und seelisches Problem. Unsere ohnedies in ihren Grundfesten von allen Seiten drohende Kultur wird wohl noch auf Jahrzehnte, ja Jahrhunderte die Folgen zu spüren haben, die aus der jahrelangen Beschäftigungslosigkeit bei Männern und Frauen im besten Alter entspringen...“

Das Schreiben des Vizepräsidenten der Berliner Polizei bestätigt mir die Beforgnis, die wir hier wiederholt ausdrückten. Nicht darüber muß man sich wundern, daß die zwei Verbrechen geschehen sind, sondern daß es ihrer nicht noch viel mehr sind. Denn wir haben zwei Millionen Arbeitslose, und davon an die 600 000, die überhaupt keine Lei Unterstüzung beziehen, also die nicht wissen, wie sie die Schritte ihres Weges füllen sollen. Wir wissen aus eigener Erfahrung, was er heißt, wenn man monatelang auf der Straße liegt, keinen Groschen für ein Stück Brot hat, bei der Arbeitssuche immer und immer wieder abgewiesen wird, schließlich äußerlich und seelisch so herunter ist, daß man einfach an sich und der Menschheit verzweifelt. Der sittliche Halt geht da in die Finnen, man ertappt sich bei Gedanken, die man in einigemmaßen geordneten Verhältnissen einfach für unwahrscheinlich gehalten hätte. Vom Gedanken zur Tat ist nur ein sehr kurzer Schritt, zu dem es ebenso unbewußt kommt, wie zu den wahnwitzigen Gedanken.

Hat ein vom Hunger zermürbter Mensch die von Gesetz und Sitte gesetzte Schranke überschritten, dann heult die gute Gesellschaft über seine Verirrtheit, er wird Lagobied, Vagabund, Verbrecher gehalten, gegen den das Strafgesetz in voller Strenge angewendet werden muß. Ja, wer gut gegessen hat und sich im behaglichen Zimmer befindet,

der vermag trefflich über Sitte und Anständigkeit reden; der kann es einfach nicht fassen, daß es furchtbare Drangsal war, die den hungernden Menschen auf Abwege trieb. Dann rennt die Polizei, dann plarrt der Staatsanwalt, dann verurteilt der Richter den Unglücklichen. Und oft wird einer, der nur ein Brot von zwei Groschen Wert genommen hat, zu einer Strafe verurteilt, die den Brotwert um das Hundertfache übersteigt. So will es unser herrlicher Gesellschaftszustand und die blöde Weisheit unserer Gesetze.

Wäre es nicht vernünftiger und billiger, den Arbeitslosen, Hungernden soviel zu geben, daß sie leben können? So groß auch die dafür verausgabte Summe sein mag, sie ist jedenfalls doch noch geringer, als die Ausgaben, die entstehen durch Aufwendung des strafrechtlichen Apparates mit den Verlusten, die Sitte und Kultur erleiden. Allein, diese Rechnung ist einfach zu vernünftig, als daß sie unserer guten und unserer herrlichen Gesellschaft in den Kopf ginge. Sie brüllt lieber über die Bödsartigkeit der armen Teufel und scheidet nach Staatsanwalt und Fegefeuer. Solch gefährliche Veressenheit ist auch bei Leuten zu finden, die kraft ihres Amtes davon frei sein sollten. Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun, um nur diesen anzuführen, weigert sich noch immer, die Bezugsberechtigung der Erwerbslosenunterstützung zu verlängern. Durch diese Weigerung kommen Woche für Woche Tausende von arbeitswilligen Menschen unter die Hungergrenze, in namenloses Elend, in helle Verzweiflung. Welche Folgen aus der Weigerung der Bezugsberechtigung entstehen können, läßt das Schreiben Dr. Friedeburgs erkennen.

Dieses Schreiben veranlaßt uns, das zu wiederholen, was wir schon hier gesagt haben: Es muß mit allem Ernst und Eile für geordnete und produktive Beschäftigung der Arbeitslosen gesorgt werden. Sollte das, wie wir zugeben, nicht bald oder in vollem Umfang möglich sein, dann müssen die Erwerbslosen während der ganzen Dauer ihrer Eintommenslosigkeit unbedingt so unterstützt werden, daß sie vor dem Hunger geschützt sind. Dies bedingt, daß die Unterstützungs-berechtigung allen Ausgesteuerten ohne Zeitverlust gemährt wird. Wir möchten dieser unserer Forderung all den Nachdruck geben, den Worte zu verleihen vermögen. Dazu werden wir bestimmt von der Drangsal der Erwerbslosen, von ihrer verzweifelter Stimmung als auch von den Gefahren, die diese Stimmung für unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zeitigt, zeitigen muß.

Man mag die drei unglücklichen Menschen, die durch die Not zu Verbrechen und entsetzlichen und verdammenwerten Verbrechen wurden, für bereinigte Erscheinungen halten. Wir wollten, es wäre wirklich so. Allein, wir fürchten, das ist ein schlimmer Irrtum. Es müßte ein helles Wunder genannt werden, wenn die vielen Tausenden von Jugendlichen, um nur von diesen zu reden, die jetzt monatelang auf der Straße liegen, die ohne Beschäftigung, ohne die feste Form des Arbeitsverhältnisses, ohne Brot sind; die wie Blätter eines Baumes wild von einer Ecke zur andern geweht werden und von einer Verzweiflung in die andere geraten — wenn diese Menschen nicht auf Abwege kämen. Wenn nicht gleich heute, dann morgen und übermorgen. Das Übelwort von der Straße bis ins dritte und vierte Glied kann für das heutige Geschlecht eine furchtbare Bestätigung erhalten. Und die Strafe wird denen nicht gespart werden, die die Erwerbslosen schuldig werden lassen.

Den Unternehmern wie den Regierenden sollte das Schreiben Dr. Friedeburgs eine Mahnung sein. Es gibt ihnen Gelegenheit, darüber nachzusinnen, was für das Verbrechen in Weiserte und für den Mord an der Gräfin Lambsdorff eigentlich schuldig ist.

Arbeitszeit und Lohn der rhein.-westf. Hüttenindustrie

Von Karl Wolf

Die drei Metallarbeiter-Verbände haben den Lohn- und Arbeitszeitvertrag gekündigt. Beide Kündigungsfristen laufen am 30. September ds. Jz. ab. In der Bergwerkszeitung vom 24. August 1926 versucht ein gewisser H., wohl im Auftrag des Arbeitgeber-Verbandes der Rheinwestlichen Gruppe den Nachweis zu erbringen, daß die Gewerkschaften eigentlich gar keine sachlichen Gründe hätten, für die Kündigung der beiden Verträge. Die Löhne seien erträglich und eine kürzere Arbeit nicht tragbar. Das alte Lied. Der Bezirksleitung des DMB glaubt man anhängen zu müssen, sie habe die Kündigung nur deshalb empfohlen, weil das kommunistische Ruhr-Echo wochenlang in seiner gewöhnlichen marktverherrlichen Weise die Kündigung verlangt habe. Ach nein! Auf die Bezirksleitung des DMB hat keine Partei Einfluß, sondern die dazu berufenen Körperschaften. Die Körperschaft, die die Kündigung und das einstimmig beschloß, bestand aus 38 alten erprobten Funktionären (darunter ein einziger Kommunist), die sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind. Kein sachliche Gründe bestimmten die Kündigung. Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in den Betrieben der Rheinwestlichen Gruppe besteht, ist einfach ungalta. Eine fünffach verschiedene Arbeitszeit ist in Kraft.

1. Hochofenarbeiter, soweit sie unter die Verordnung vom 20. Januar 1925 und die Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1925 fallen, haben achttündige Arbeitszeit. Die Zahl dieser Gläubigen ist jedoch außerordentlich gering. Es sollen ja doch nur diejenigen sein, die unmittelbar am Hochofen beschäftigt sind, das ist nur etwa ein Drittel der Hochofenarbeiter.

2. Die nächste Gruppe bilden die übrigen Arbeiter am Hochofen, wie Eisenfahrer, Schlackenfahrer, Apparatewärter, Schlämmaschinen usw. die immer noch die zweifache Schicht verfahren, das heißt zwölftündige Anwesenheit. Es soll ihnen zwar eine zweifelhafte Pause gemährt werden. Diese kann der Arbeiter aber nur dann erhalten, wenn sein Nebenmann ihn vertritt. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 80 Stunden und mehr ist zu verzeichnen.

3. Dann kommen die Stahl- und Walzwerksarbeiter mit einer wöchentlichen durchschnittlichen Arbeitszeit von 59 Stunden. Die Arbeitszeit beginnt montags früh 6 Uhr und endet für die Tages-schicht samstags mittags 2 1/2 Uhr, für die Nachtschicht sonntags früh 2 1/2 Uhr. Ein im Februar 1925 unternommener Versuch der Gewerkschaften, wenigstens für diese Leute einen früheren Schichtanfang zu bekommen, um ihnen wenigstens die Möglichkeit zu geben, noch vor Mitternacht durch Benutzung von Verkehrsmitteln ihre Boh-

nungen zu erreichen, wurde durch ein Schiedspruch vom Reichsarbeitsministerium vereitelt. Bohnen Arbeiter dieser Betriebe weitaß, so haben sie keine andere Wahl als bis Sonntags früh zu den ersten Zügen im Betrieb zu bleiben, wodurch sie gezwungen sind, ihre Arbeitszeit zu verlängern.

4. Eine andere Gruppe stellen die Ofenleute der Martinwerke dar, die bereits Sonntags abends ihre Schicht beginnen müssen um die Vorbereitungsarbeiten zu leisten. Von diesen wird eine wöchentliche Arbeitszeit bis 68 Stunden verlangt.

5. Die fünfte Gruppe sind die Arbeiter der weiterverarbeitenden Betriebe, Maschinenfabriken, Gießereien usw. mit einer fünftündigen Arbeitswoche.

Rationalisierung ist das Schlagwort der Gegenwart. Steigerung der Fördermenge ist in den meisten Betrieben durchgeführt. In welchem Maße dies der Fall ist, zeigt ein großes Hüttenwerk, das im Juli 1925 mit 13 250 Arbeitern 93 900 Tonnen erzeugte, und im Juli 1926 aber mit 10 950 Mann 125 100 Tonnen. Also ein Abbau der Belegschaft um 2300 Mann oder 17 vH und dabei eine Ertragssteigerung von rund 30 vH.

Und nun zur Lohnfrage. Im Juni 1925 wurden die Löhne der Facharbeiter von 66 auf 70 J, die der Hilfsarbeiter von 52 auf 55 J durch Schiedspruch erhöht. Das Vorgehen der Arbeitgeber, die damals drohten, daß wenn der Schiedspruch verbindlich erklärt werde, sie 5 vH der Belegschaft entlassen würden, und dieses auch durchführten, sei besonders in Erinnerung gebracht. (Herr Dr. Silberberg, das ist ganz etwas anderes als was sie in Dresden jagten!). Ein erneuter Versuch im Oktober 1925, eine Lohn-erhöhung zu erhalten, blieb ergebnislos. Im Februar und März 1926 begannen die Massenentlassungen und Stilllegungen. Dieser Druck wurde außerdem noch verstärkt durch Kürzung der Al-lorde und Prämienhöhe von 10 bis 30 vH. „Wenn Sie es nicht machen wollen, draußen stehen genug, die es gerne tun werden“, wurde den Arbeitern zur Antwort. In der Sorge um den Arbeitsplatz sind dann auch Leistungen vollbracht worden, die beispiellos sind, die aber auf der anderen Seite Schädigung der Gesundheit und Arbeitskraft mit sich brachten, die ebenfalls beispiellos sind. Lassen wir die amtlichen Zahlen der Krankenkassen und der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft selbst reden:

Durchschnittskrankheitstage in der Eisen- und Stahlindustrie je Krankheitsfall

Table with 4 columns: Betrieb, 1921, 1922, 1923. Rows include Kleinmaschinenfabrik, Große, Gülttenwert, Gemischtes Werk, and Stahlwerk.

Unfallstatistik

Table with 5 columns: Gattung, Jahr, Zahl der Arbeiter, Zahl Angelegte, Zahl auf 1000. Rows include I: Zeh, II: Oberhausen, III: Düsseldorf, VI: Dortmund, VII: Bochum.

Diese Zahlen sprechen eine grausame Sprache. Und es muß noch besonders hervorgehoben werden, daß die Unternehmer bei den Massenkrankungen ihre Verleugungen ver- schieben, das heißt, vorwiegend die älteren Arbeiter entlassen.

Die unmensliche Mühseligkeit bringt auch einen Lohnvorteil für den Arbeiter. Er ist aber angesichts der erheblich höheren Leistung so gering, daß man, gemessen an der Schädigung der Gesundheit, eher von einem Nachteil sprechen muß.

Aus diesen sachlichen Gründen fordern die Gewerkschaften:

- 1. Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit und der dreigeteilten Schicht für die Hütten- und Walzwerksbetriebe.
2. Eine Erhöhung des Verdienstes um 15 vH.
3. Notwendige Änderungen der Affordgrundlagen und Prämienzüge sind mit den vertragsschließenden Gewerkschaften zu regeln.

Günstige Entwicklung der deutschen Stahlausfuhr

Die deutsche Schwerindustrie hat neue Höchststufen in der Stahlausfuhr erreicht. In den ersten 4 Monaten dieses Jahres wurden 1516 000 t Eisen und Stahl ausgeführt, d. h. ebensoviele wie in 6 Monaten des vorigen Jahres.

Die Bedeutung der Arbeiterbewegung. Die Hand der Arbeiter, Angehörige und Beamten ist im Begriff, die Kontrolle einer kleineren Zahl von Betrieben zu übernehmen; jenseits ein gutes und wohlüberlegtes Unternehmertum. In diesen nicht sehr bedeutenden Unternehmen konzentriert sich in der Tat die Produktion.

Die Urlaubsregelung in den Tarifverträgen

Nach einer Untersuchung der deutschen Arbeitgeberverbände

Vor dem Kriege war die Urlaubsgewährung an gewerbliche Arbeiter eine Seltenheit, während sie bei den Angestellten schon eher gang und gäbe war, aber doch auch von der Freiwilligkeit des Unternehmers abhängig.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat nun 354 Tarifverträge mit 4 819 070 erfassten gewerblichen Arbeitern einer Nachprüfung unterzogen, und zwar erstreckt sich diese nur auf in Tarifverträgen erfolgte Urlaubsregelungen für die wichtigsten Fachgruppen und die großen Betriebe.

Die Prüfung ergibt weiterhin, daß fast alle Tarifverträge, die Urlaubsbestimmungen enthalten, eine Mindestdauer festgesetzt hatten, und zwar betrug sie für 61,27 vH bis 3 Arbeitstage, für 33,76 vH über 3 bis 6 Arbeitstage.

Table showing vacation days for different worker groups. Columns: Anzahl der Arbeiter, Höchstzahl der Tage, Durchschnittliche Zahl der Tage.

Der hohe Satz von 9,83 vH der erfassten Arbeiter — 473 651 — für den ein Höchsturlaub bis zu 20 Tagen besteht, erklärt sich in der Weise, daß die Reichsregierung mit ihren 400 000 Arbeitern einen Höchsturlaub bis zu 21 Tagen vorsieht, und zwar nach 15jähriger Tätigkeit.

Die 186 000 Arbeiter — 3,85 vH — für die ein Höchsturlaub bis zu 20 Tagen besteht, sind die Gemeinde- und Kommunalarbeiter. Während für diese Gruppe im allgemeinen der Höchsturlaub 17 Tage beträgt, erhöht sich dieser nach dem 45. Lebensjahre auf 20 Arbeitstage.

Im allgemeinen kommt die höhere Urlaubsdauer bis 18, 20 und 21 Tage in Frage:

- 1. für die Elektrizitätswerke der Provinz Brandenburg in Groß-Berlin,
2. für die Reichsverwaltungen und Reichsorganisationen,
3. für die Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltungen,
4. für die staatlichen Straßen- und Flußbauverwaltungen,
5. für die Gemeindearbeiter,
6. für die Stadtgemeinde Berlin,
7. für die Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen im Freistaat Sachsen,
8. für die Reichsfeuertöchter.

In diesen Fällen ist im allgemeinen eine fünfzehnjährige Beschäftigungsdauer in denselben Betrieben und ein Alter von 35 bis 45 Jahren Voraussetzung für die erhöhte Urlaubsdauer.

Allgemeines Ergebnis der Untersuchung

Die Dauer des Urlaubs richtet sich entweder nach der Beschäftigungsdauer in gleichen Betrieben bzw. beim gleichen Verband oder nach der Tätigkeit im gleichen Beruf. Nur in wenigen Fällen ist gleichzeitig mit der Beschäftigungsdauer auch auf das Lebensalter Rücksicht genommen.

Die Dauer der Arbeitszeit, das heißt die Zeit, die der Arbeiter in einem Betriebe tätig sein muß, bis sein Anspruch auf Urlaub entsteht, beträgt gewöhnlich ein Jahr. Es gibt aber auch Tarife mit 2- oder 3-jähriger Arbeitszeit, während wiederum besonders die Berliner Tarife eine längere Arbeitszeit als ein Jahr haben.

Der Zeitpunkt für die Berechnung des Urlaubsanspruches ist auf den ersten Tag der Monate April, Juni, Mai gelegt. Seltener auf den 1. Januar und 1. Oktober. Bezugszeit wird der Einstellungstag als Stichtag festgesetzt. Im allgemeinen werden die Sommermonate vom Mai bis September für die Urlaubszeiten genommen. Wo hierüber nichts in den Tarifverträgen bestimmt ist, ist anzunehmen, daß die Urlaubstage auf das ganze Jahr verteilt werden kann.

Die Urlaubsvergütung wird im allgemeinen der Tariflohn einschließlich sozialer Zulage gewährt. Die Arbeiter erhalten den Durchschnittsverdienst der letzten vier oder sechs Wochen oder des letzten Vierteljahres. Oft wird aber auch bestimmt, daß die Arbeiter bei den Tarifverträgen ihrer Arbeitgeber erhalten, beträgt ein einziger Prozentsatz des Jahreslohn, der 15 bis 20 vH beträgt.

Im allgemeinen besteht das Abgeltungsverbot, das heißt der Urlaub kann bei freiwilligem Verzicht des Arbeiters nicht durch Geld oder sonstige Werte abgegolten werden.

Fast durchweg wird für die Beurlaubten eine besondere Urlaubszahlung in Höhe von 6 Tagen befristet, festgelegt. Bei der späteren Berechnung der Beschäftigungsdauer findet man sehr oft die Beurlaubten als ein Beschäftigungsjahr berechnet oder aber es wird die Beurlaubten, die in dem gleichen Betrieb beurlaubt worden ist, in dem der Arbeiter tätig ist, vollständig angerechnet.

Tritt ein Arbeiter wieder in einen Betrieb ein, in dem er früher schon einmal tätig war, so sind in vielen Fällen Bestimmungen festgelegt, die diese frühere Tätigkeit auf die Beschäftigungsdauer anrechnen. Die Zwischenzeit schwankt zwischen 1/2 und 3 Jahren.

Aber die Anrechnung unentgeltlicher Arbeitsverhältnisse auf die Urlaubszeit und über das Einlegen von Überstunden bei Beurlaubungen, die durch Beurlaubung entstanden sind, findet sich nur selten tarifliche Bestimmungen.

Verschiedentlich ist die Bestimmung getroffen, daß zur Abgeltung des Urlaubsanspruches der ganze Betrieb für eine bestimmte Zeit stillgelegt werden kann und alle Arbeiter zur gleichen Zeit beurlaubt werden. Die Entschädigung richtet sich dann nach der Höhe des Urlaubsanspruches.

Es folgen dann die Urlaubsbestimmungen in der für 1923 abgeänderten Form für eine Anzahl Orte und Bezirke der Metallindustrie, die wir in der nächsten Nummer zum Vergleich mit Nachprüfung folgen lassen. (Schluß folgt)

Die Schuld des Industriekapitals

Ein Beitrag zur Rede Dr. Silberbergs

Auf der Jahrestagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die heuer einen vorwiegend politischen Charakter aufwies, wurden viel schöne Reden gehalten. Wer aber erwartet hatte, daß die Industriellen Wege weisen würden, die zu einer schnelleren Überwindung der Wirtschaftskrise führen könnten, wurde bitter enttäuscht.

Dr. Silberberg erklärte diese Ausdrucksweise kurzerhand als irreführend. Nicht die Inflation, sondern die Zerstörung und das Verschwinden des mobilen Kapitals und die sich daraus ergebenden Folgen hätten zu der gegenwärtigen Krise geführt. Also sprach Herr Dr. Silberberg:

Man wußte dem industriellen Unternehmertum vor, durch die sogenannten Verluste in die Sachwerte die Inflation gesteuert zu haben. Es wäre unvernünftig, das zu bestreiten. Aber allein von diesen damals beschäftigten modernen Anlagen leben wir heute. Glaubt man hier und da planlos oder übertrieben und allein mit dem Blick der Wertehaltung gebaut worden. Das ist aber viel weniger schlimm als wenn die Industrie mit unmodernem Anlagen sich und große Verluste erhalten und Reparaturen hätte zahlen wollen.

Dazu ist denn doch noch einiges zu bemerken. Es ist eine heute allgemein bekannte Tatsache, daß es nicht der Mangel an reinem Betriebskapital war, was die schwere Krise hervorgerufen hat. Wenn die Unternehmungen in der richtigen Weise konstruiert gewesen wären, das heißt nicht einer reinen Neugründung bedürftig hätten, dann hätte das Weitertreiben der Inflation bis zum Nullpunkt zwar die Krise nicht verhindern können, aber es wäre doch bloß zu einer reinen Betriebsmittelkrise gekommen. Diese konnte ohne wesentliche Störung der Wirtschaft durch Ausgabe von Zahlungsmitteln und Gewährung von Krediten überwunden werden, da ja die Inflation die bisherigen Eigentümer des Betriebskapitals enteignet und also deren Kaufkraft vernichtet hatte.

Herr Dr. Silberberg möchte nun gerne glauben machen, daß wir heute von den Anlagen leben, die während der Inflation angelegt wurden. In Wirklichkeit ist gerade in dieser Hinsicht von dem Unternehmertum so gut wie alles veräußert worden. Es zeigte sich nämlich, daß die seit 1924 notwendig gewordenen und bereitgestellten Kredite nicht zur Lohnzahlung, Rohstoffbeschaffung usw., also als Betriebskredite Verwendung fanden, sondern daß darüber hinaus Aufwendungen zur inneren Umwandlung der Betriebe vorgenommen wurden.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Statt auf die Verbesserung der Produktionsmittel bedacht zu sein, gestiefelt sich das Industriekapital während der Inflation in billigen Aufkäufen von Fabriken oder in der Errichtung von Lagerhäusern und Verwaltungsgebäuden. Die Folgen zeigten sich in den zahlreichen Konkurszusammenbrüchen und Stützungsmaßnahmen, durch die besonders das Wirtschaftsjahr 1925 gekennzeichnet ist. Noch zu Beginn des Jahres 1924 waren die meisten Unternehmungen — ohne im geringsten auf die Flüssigkeit ihrer Betriebsmittel bedacht zu sein — von einer wahnwitzigen Sachwertkomplexion befallen. Es hat auch nie so viele Objekte, nie so viele Bijouteriewaren und Altertümer in Deutschland gegeben wie damals.

Es ist notwendig, heute daran zu erinnern. Je mehr man sich von den Vorgängen der letzten Jahre entfernt, desto klarer tritt die Tatsache in den Vordergrund, daß die Wirtschaftskrise im wesentlichen durch die Unfähigkeit und die Mißwirtschaft des Unternehmertums verschuldet wurde. (Schluß folgt)

Langsame Besserung des Arbeitsmarktes. Nach den neuesten amtlichen Berichten hat sich die Zahl der Arbeitslosen weiter vermindert. Wichtiges scheinbar die Hauptunterstützungsempfänger in Frage kommen. Nach unserer üblichen Auffassung bewegten sich die Zahlen der Unterstützungsempfänger in den letzten Wochen in folgendem Rahmen:

Table with 4 columns: Stichtag, männliche, weibliche, zusammen. Rows for 1. Juli, 15., 1. August, 15., 1. September.

Ble bereits bemerkt, handelt es sich hierbei nicht um die wirtlichen Arbeitslosen, sondern um die Zahl der Unterstützungsempfänger. Die wirtliche Arbeitslosigkeit kommt in diesen Zahlen nicht zum Ausdruck. Namentlich weil man nicht weiß, wie hoch die Zahl der Ausgesteuerten ist. Soweit die Unterstützungsempfänger in Frage kommen, kann im Juli eine Verminderung um 5 vH, im August eine solche um 6,3 vH festgestellt werden.

Nach dem neuesten Bericht des Reichsarbeitsministeriums über den Beschäftigungsgrad der Industrie kann ebenfalls eine Besserung der Lage festgestellt werden. Nach den Berichten mangelnder Betriebe der Hauptunterstützungszweige war die deutsche Industrie in den letzten beiden Monaten folgendermaßen beschäftigt:

Table with 4 columns: gut beschäftigt, befriedigend beschäftigt, schlecht beschäftigt, vH. Rows for Juli 1926, August 1926, August 1925.

Also auch hier eine geringfügige Besserung. Es ist allerdings nicht ersichtlich, inwieweit das Arbeitsbeschaffungsprogramm der arbeitgebenden Wirtschaften hierbei von Einfluß war.

Von der deutschen Uhrenindustrie

Ihre mißliche Lage — Rationalisierung und Zusammenlegung der Betriebe

Die deutsche Uhrenindustrie, die in der Hauptsache ihren Sitz im Schwarzwald hat, blieb lange Zeit hindurch von den schweren Erschütterungen verschont, die andere Industrien in den Nachkriegsjahren heimgejagt haben. Auch die Inflation und Deflation hat die zu acht Zehntel für die Ausfuhr arbeitende Uhrenindustrie verhältnismäßig gut überstanden. Dies fällt besonders auf, wenn man die benachbarte Schweizer Uhrenindustrie zum Vergleich heranzieht, die schon seit 1921 ununterbrochen leidet, wobei selbstverständlich die Arbeiter durch langandauernde Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen sind. Kein Wunder, wenn sich in den Kreisen der deutschen Uhrenindustrie, und zwar gleichermaßen bei Unternehmern wie Arbeitern, eine überaus optimistische Stimmung verbreitete, die es selbst im Sommer 1925 noch für unmöglich hielt, daß auch sie einmal in den allgemeinen Strudel mit hineingerissen werden könnten.

Als jedoch im Herbst 1925 die in jedem Jahr prompt eintreffenden Weihnachtsbestellungen ausblieben, schlug diese unversichtliche Stimmung jäh um, denn ein schlechtes Weihnachtsgeschäft bedeutet einen schlechten Geschäftsgang bis in den nächsten Sommer hinein. Dazu kam noch eine Überfüllung der englischen Lager, da man vor dem Wiederintritt der Mac-Kenna-Böle am 1. Juli 1925 noch möglichst viele Uhren ins Ausland, besonders nach England zu schaffen gewußt hatte. Die Absatzmöglichkeiten wurden daher mit jedem Monat geringer und im Oktober begannen die Betriebseinsparungen und Entlassungen.

Forcht man nach den Ursachen dieser Erscheinung, dann wird man sich zunächst einmal die Entwicklung dieser Industrie vergegenwärtigen müssen. Aus dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich von 1924/25 entnehmen wir hierzu folgende Zahlen: 1913 betrug die Gesamteinfuhr an Uhren 204 Tonnen im Wert von 29,47 Millionen Mark. Dagegen wurden 1924 nur 93 Tonnen im Wert von 12,37 Millionen Mark eingeführt. Dagegen betrug die Gesamtausfuhr im Jahre 1913 8325 Tonnen im Wert von 28,19 Millionen. Im Jahre 1924 aber stieg die Ausfuhr auf 9133 Tonnen im Wert von 48,67 Millionen, 1925 sogar auf 66,7 Millionen, also gerade auf das Doppelte von 1913.

Die Einfuhr ist nach wie vor auf Taschenuhren erster Güte beschränkt, die hauptsächlich aus der Schweiz bezogen werden. Das Hauptausfuhrland ist dagegen, wie in der Vorkriegszeit, Großbritannien, das wiederum seine ausgedehnten Kolonien mit Uhren aller Art versorgt. Nach einer Mitteilung des Schwäbischen Merkurs vom 24. Oktober 1925 (Handelsteil) ging im ersten Halbjahr 1925 mehr als die Hälfte der ganzen Ausfuhr nach Großbritannien.

Die vorstehenden Zahlen zeugen von einer außerordentlich günstigen Entwicklung des Auslandsgegeschäfts, was um so höher zu werten ist, als in der Nachkriegszeit doch auch in anderen Ländern, besonders in Amerika, Uhrenfabriken entstanden sind, die der europäischen Produktion doch immerhin einigen Wettbewerb zu machen verstanden.

Betrachten wir ferner auch die schweizerische Ausfuhrstatistik, so gewinnen wir ein einigermaßen richtiges Bild von den Ursachen der heutigen Lage der gesamten Uhrenindustrie. Nach dem Jahresbericht des schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes von 1926 hat sich die Ausfuhr aus der Schweiz folgendermaßen gestaltet: 1916 wurden insgesamt 13,8 Millionen Uhren und Uhrwerke ausgeführt im Wert von 136,6 Millionen Franken. 1921, dem Jahr des tiefsten Standes, sank die Zahl der ausgeführten Uhren auf 7,85 Millionen Stück, also beinahe auf die Hälfte von 1916. Im Jahre 1926 wieder eine Steigerung auf 21,16 Millionen Stück im Wert von 283,6 Millionen Franken.

Trotz der zahlenmäßig günstigen Entwicklung der Geschäftslage hat sich aber die Lage der Uhrenarbeiter keineswegs gebessert und die Schwierigkeiten der schweizerischen Uhrenindustrie sind nicht behoben. Der Jahresbericht geht dann auch auf die Ursachen dieser widersprüchlichen Erscheinung ein und zeigt an einer Produktionsstatistik mit aller Deutlichkeit, woher die Krise kommt. In dieser Aufstellung sehen wir, daß die Zahl der Schweizer Uhrenarbeiter seit 40 Jahren die gleiche geblieben ist und rund 40 000 beträgt. Während aber diese 40 000 Uhrenarbeiter im Jahre 1885 nur 4 Millionen Uhrwerke herstellten, was einem Jahresdurchschnitt von 100 Uhren je Arbeiter entspricht, stiegen diese Zahlen 1905 auf 150 im Jahresdurchschnitt, 1915 auf 350 und 1925 wurden von 40 000 Uhrenarbeitern 21 Millionen Uhren oder je Arbeiter 529 Werke angefertigt. Ohne Erhöhung der Arbeiterzahl hat sich die Produktion vervielfacht.

Eine solche Produktionsstatistik fehlt uns leider in der deutschen Uhrenindustrie, hätten wir sie, sie würde sicher auch eine ähnliche Kurve aufzeigen. Und dies trotz Einführung des Achtfünftages im November 1918. Denn die Verdoppelung der Ausfuhrzahlen gegenüber 1913 läßt diesen Schluß ohne weiteres zu, wenn auch zugegeben ist, daß bei uns die Zahl der Arbeiter höher ist als vor dem Kriege.

Wie schon erwähnt, ist die günstige Entwicklungslinie im Herbst 1925 jäh unterbrochen worden. Die Schwarzwälder Uhrenindustrie, die Anfang 1925 noch insgesamt rund 28 000, davon allein in den beiden württembergischen Schwarzwaldstädten Schweningen und Schramberg 15 000 Personen beschäftigt, arbeitet bereits seit sechs Monaten, teilweise schon seit dreiviertel Jahren stark verkürzt, mehrere tausend Leute sind ganz entlassen.

Für die im letzten Jahrzehnt so gewaltig gesteigerte Produktion ist kein Absatz mehr vorhanden. Denn auch die Produktion anderer Länder, wie die Italiens, Frankreichs, Amerikas ist gestiegen, während gleichzeitig die Kaufkraft der Massen innerhalb dieser Länder gesunken ist, wenn auch bei weitem nicht in dem Umfange wie in Deutschland. Nicht zuletzt ist auch die durchaus verkehrte Handels- und Zollpolitik der europäischen Staaten schuld an diesem Elend.

Was geschah und geschieht nun, um ein noch weiteres Hinabgleiten zu verhindern?

Zuerst ließ man die Dinge treiben, wohl in der Hoffnung, die Sache werde sich vor dem Kriege von selbst wieder eintreten; dann, als die Fruchtlosigkeit des Abwartens eingesehen war, versuchte man durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung die Waren zu verbilligen, um damit den Absatz zu steigern. Jedoch ebenfalls ohne den gewünschten Erfolg. Endlich tauchte auch in den Kreisen der Schwarzwälder Uhrenindustrie der Gedanke der Rationalisierung auf, die aber zur Vorbedingung einen engeren Zusammenschluß der einzelnen Werke hat. Seit etwa 4 Monaten schweben die Verhandlungen zwischen den maßgebenden Firmen. Eine Einigung konnte noch nicht erzielt werden.

Heiß umstritten ist die Form, in der sich der Zusammenschluß vollziehen soll: tatsächliche Zusammenlegung (Fusion) der hauptsächlichsten Betriebe, oder nur eine lose Interessengemeinschaft. Ebenso heiß umstritten ist noch die Frage der Normalisierung und Typisierung, ohne die eine rationelle Produktion nicht denkbar ist.

Inzwischen hört man aber von den Betriebsvertretungen einiger Großbetriebe, daß man den Arbeitern zu verstehen gibt, die Produktionskosten seien zu hoch und es müsse mit weiteren Lohnkürzungen gerechnet werden. Das Kollektivabkommen für die Uhrenindustrie ist denn auch durch den Arbeitgeberverband in einigen wichtigen Teilen gekündigt worden.

Die Uhrenindustriellen scheinen also trotz aller gegenteiligen Erfahrungen — daß nämlich eine Verminderung der Kaufkraft der Arbeiter naturgemäß eine weitere Verringerung des Absatzes zur Folge haben muß — die Rationalisierung in der Hauptsache auf Kosten der Arbeiter durchführen zu wollen. Diese Herren wollen offenbar nicht begreifen, daß sie mit dieser „bequemsten und zugleich dümmsten Methode“ (wie Ford es nennt) ihr Ziel nie erreichen können.

Die Uhrenarbeiter ihrerseits sind durchaus damit einverstanden, daß durch technische und organisatorische Mittel die Uhrenherzeugung verbilligt und dadurch der Absatz wieder zu steigern versucht wird. Die Arbeiter wissen zwar ganz genau, daß für eine zeitlich nicht absehbare Übergangszeit die Zahl der Arbeitslosen noch größer werden wird. Aber sie hoffen zuversichtlich, daß dann bei steigendem Absatz auch wieder die Möglichkeit zu einer Besserung ihrer eigenen Lage besteht. Daß freilich auch die Gefahr droht, daß ein Teil der Arbeiter überhaupt nicht mehr in der Uhrenindustrie unterkommt und daß viele Arbeiter fest damit rechnen, das beweist die hohe Auswandererzahl aus dem Gebiet der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Leider stehen uns hierfür genaue Zahlen nicht zur Verfügung. Aber es steht fest, daß ein großer Teil der „Überflüssigen“ jetzt oder später die Heimat verläßt, um ihrem großen Leid ihr Glück zu versuchen. Über das Richtige oder Falsche dieser Einstellung soll in diesem Zusammenhang nicht geurteilt werden.

Nach diesen Ausführungen sind die Aussichten für die nächste Zukunft in der Uhrenindustrie nicht sehr rosig, besonders nicht für unsere Kollegen. Wenn diese sich trotzdem im Grundsatze für den Zusammenschluß der Industrie und im Zusammenhang damit auch für die Rationalisierung erklären, dann aus folgender Überlegung: Sie wissen, wenn eine Verständigung unter den Großfirmen nicht erzielt wird, dann steht ein rücksichtsloser Wettbewerb ein, es kommen gegenseitige Preisunterbietungen und diese drücken unter Umständen die Lage der Arbeiter noch weit schlimmer, als eine großzügige Neuorganisation. Sie wissen ferner, daß ein wilder Kampf unter den Unternehmern auch auf die Arbeiter sehr nachteilig wirkt in dem Sinne, daß dann tarifliche Bindungen leichter durchbrochen, der Zusammenhalt unter den Arbeitern gefährdet wird und dadurch die Frucht jahrzehntelanger Bemühungen ihrer Organisationen verloren gehen kann. Es heißt also die Zeichen der Zeit verstehen und die Augen offen halten.

Luxemburg

In diesem kleinen Lande, eingebettet zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, liegen große Erzlager, die die Erziehung einer Berg- und Hüttenindustrie lohnen erscheinen ließen. Schon lange vor dem Kriege kämpften die verschiedenen kapitalistischen Gruppen um diese Reichtumsquellen. Da Luxemburg sich damals in einer Zollunion mit Deutschland befand, hatten die deutschen Unternehmer die Vorhand. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-A.-G. und die Gelsen-Luxemburger Bergwerks-A.-G. waren herrschend in Luxemburg. Der Kriegsausgang hob diese Besitztümer auf. Luxemburg wurde aus der Zollgemeinschaft mit Deutschland losgelöst, französisches und belgisches Kapital strömte hinein und führte zur Bildung des großen Konzerns „Arbed“ (Acierles Réunies de Burbach-Eich-Dudange).

In der Stadt Luxemburg steht das Regierungsgebäude der „Arbed“, ein anderer Stahlhof; ein Duzentmillionenbau. Dort sitzen die eigentlichen Herrscher von Luxemburg. Dem internationalen Charakter des Kapitals entsprechend, führen viele Fäden der „Arbed“ zu den Konzernen in allen anderen Ländern. Die kleine Schar luxemburgischer Arbeiter hat es so mit einem fast allmächtigen und tatsächlich internationalen Gegner zu tun.

Der ausländische Kapitalismus ist in der Regel brutaler als der inländische. Das verspürten auch die luxemburgischen Arbeiter, und die Anfänge einer Organisierung der Metallarbeiter fallen in das Jahr 1903, als vom Deutschen Metallarbeiter-Verband mit Hilfe einiger luxemburgischer Kollegen die Arbeit aufgenommen wurde. Unendlich schwer war der Boden zu bearbeiten und alle aufgewandte Mühe wurde durch den Krieg verschlagen. Wenn sich Luxemburg auch nicht in aller Form im Kriege befand, so war es doch besetzt und die harte Hand des deutschen Militarismus lastete schwer auf ihm. Dieses Regiment wurde mit Kriegesende durch ein französisches abgelöst.

Die Not des Krieges führte im September 1916 zur Gründung des luxemburgischen Metallarbeiterverbandes, der sofort in die heftigsten Kämpfe durch Maßregelung der Gründer hineingezwungen wurde. Doch die Gewerkschaftsbildung war nicht mehr aufzuhalten. Infolge der Erge des Landes konnten die Verbände nicht sehr groß werden. So mußte der luxemburgische Metallarbeiterverband im Jahre 1919 2050 Mitglieder in 10 Ortsgruppen. Um die Leistungsfähigkeit zu steigern, wurde am 22. Juni 1919 die Verschmelzung mit dem Berg- und Hüttenarbeiterverband beschlossen unter Angliederung der Eisenbahnarbeiter an den Landesverband luxemburgischer Eisenbahner. So entstand der luxemburgische Berg- und Metallindustriearbeiter-Verband mit 16 000 Mitgliedern.

Im März 1921 mußte ein außerordentlich schwerer Kampf mit der Schwerindustrie zur Erhaltung der Löhne geführt werden. Er ging insolge der Jugend der Organisation verloren. Unternehmer, Polizei, Militär und Gericht: die ganze wirtschaftliche und politische Gewalt Luxemburgs hatte sich auf den Verband gestürzt, um ihn niederzuringen. Wenn auch der Kampf verloren ging, die Führer genahmregelt und ins Gefängnis geworfen wurden, war doch die Gewerkschaft nur zu schwach, aber nicht mehr zu zerstören.

Leider kam zu diesen Kämpfen mit den natürlichen Gegnern auch die allzu bekannte innere Zerrüttung durch die unverantwortliche Agitation der Kommunisten. Alles zusammen führte zu einem erheblichen Mitgliederverlust. Seitdem in den Ortsgruppen die kommunistischen Leitungen sich abgewirtschaftet haben, ist ein merkliches Ansteigen der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Im Zeichen dieses Hochganges fand am 21. und 22. August der Verbandstag in Esch a. d. Alf. statt, der zugleich als zehnjähriger Gedenktag der Gründung gefeiert wurde. Verbunden damit war eine Ausstellung von Arbeiten, die von Arbeitern und Arbeiterfrauen in ihren Pausenstunden angefertigt worden waren.

Der Verbandstag war ein einmütiges Bekenntnis zum Verteilungskampf der Arbeiterklasse aller Länder. Die Verbandsleitung fand noch in Formen die Anerkennung des gesamten Kongresses, die

in ihrer Ursprünglichkeit gefordert werden wollten. Dieses Verhältnis wurde auch nicht geändert durch die Auseinandersetzung, die eine Beitragserhöhung unvermeidlich hervorruft.

Wissenswert über Luxemburg hinaus ist die 1925 erfolgte Wiedereinführung von Betriebsausschüssen, die im Jahre 1921 von einer reaktionären Regierung beseitigt worden waren. Diese Betriebsausschüsse entsprechen den deutschen Betriebsräten mit allen Unvollkommenheiten ihrer Befugnisse. Das bestehende Gesetz ist deshalb auch in Luxemburg nur ein Anfang.

Durch Gesetz vom 4. April 1924 über die Erziehung von Berufsschülern wurde neben der Landwirtschafts-, Handwerks-, Handels- und Privatbeamtenkammer auch eine Arbeiterkammer errichtet. Bei den Wahlen zur Arbeiterkammer erhielten die freien Gewerkschaften die überwiegende Mehrheit gegen Christen und Kommunisten, die Berufsbildungslandbarn aufgestellt hatten, welche ebenfalls aus den Gewerkschaftskreisen gestrichen wurden. Die Rechte der Arbeiterkammer bestehen in der Hauptsache in der Überwachung der Anwendung der sozialen Gesetze und der Arbeitsverträge; über alle die Arbeiter betreffenden Gesetzesvorlagen muß die Kammer gehört werden, wie sie auch selber der Gesetzgebung Vorschläge einreichen kann. Die Finanzierung der Arbeiterkammer erfolgt aus Beiträgen der Arbeiter.

Der Verbandstag gab Veranlassung zu einer großen Kundgebung der luxemburgischen Arbeiterklasse, die nach Esch gekommen war. Fast alle ausländischen Gäste sprachen zu den Tausenden von Proletariern unter herzlichem Beifall, der um so häufiger wurde, als ein italienischer Faschist und Kommunist durch Zwischenrufe und Pfeifen den italienischen Gewerkschaftsvertreter zu stören suchten. Die besagte Regierung hatte anscheinend die ganze Polizeimacht des luxemburgischen Ländchens nach Esch beordert, damit nichts „passierte“, und zur nachträglichen Kontrolle wurden die Reden der Ausländer sorgfältig notiert. Ein Beweis, daß die luxemburgischen Arbeiter, wie in allen Ländern, noch einiges zu tun haben.

Aber die sozialistische Stadtverwaltung von Esch erschien auf dem Verbandstag zur Begrüßung der Vertreter und Gäste. Das war immerhin ein gutes Zeichen, daß es auch in Luxemburg vorwärts geht trotz „Arbed“ und Reaktion. S. Schl.

Unterstützung der britischen Bergleute

Seit Einleitung der Unterstützungsbaktion zugunsten der britischen Bergarbeiter, das heißt seit Mitte August, hat der IGB bis heute als Beiträge der angeschlossenen Landeszentralen rund 225 000 holländische Gulden nach England überwiesen. Die für den Generalstreik gesammelten und die als Darlehen gegebenen Beträge von 1 1/2 Millionen Gulden sind bei dieser Summe nicht inbegriffen.

Da die Unternehmerverbände aller Bezirke mit Ausnahme von Warwickshire bekanntgegeben haben, daß sie auf nationale Unterhandlungen nicht eingehen werden und auch dem Rationalisierungsvertrag der Bergarbeiter nicht die Vollmacht erteilen können, sie bei den gleichen Verhandlungen zu vertreten, ist die Lage äußerst schwierig. Die Bergarbeiter sind offenbar entschlossener als je, die Bergarbeiterorganisation in ihren Grundbesitzen zu treffen. Die Bergarbeiter können auf diesen Beschluß nur mit der Fortsetzung des Kampfes antworten. Die Verantwortung für alle weiteren Entwicklungen tragen die Grubenbesitzer. Für die Arbeiter aller Länder heißt es deshalb nach besten Kräften weiter sammeln und helfen!

Bergarbeiterinternationale. Auf einer am 10. September in Lorn von abgehaltenen Sitzung nahm die Bergarbeiter-Internationale folgende Entschlüsse an: „Im Hinblick auf die von beschlossenen Ländern erhaltene Berichte über die Reaktionen nach Großbritannien beschließt das Internationale Komitee der Bergarbeiter, den gesamten Bergarbeiterorganisationen Vorschläge für eine internationale Streikaktion zur Unterstützung der britischen Bergarbeiter zu unterbreiten. Das Komitee beschließt eine weitere Sitzung am 30. September abzuhalten. Falls die Verhandlungen über eine Beilegung des englischen Kampfes scheitern sollten, wird das Komitee unmittelbare Gegenaktionen einleiten, insofern auf Grund der Berichte der angeschlossenen Verbände Vollmachten vorliegen werden.“ Außer dieser Frage wurde das Ausmaß der russischen Bergarbeiter beraten und dazu beschlossen, die Russen an die Verhandlung der Fragen zu erinnern, die bereits bei ihrem früheren Aufnahmegeruch an sie gerichtet wurden. Sie sollten Antwort geben, ob sie bereit sind, den Verteilungskampf gegen die der Bergarbeiter-Internationale angeschlossenen Verbände einzustellen und die Welt-Gewerkschaftsinternationale zu verlassen, da die der Bergarbeiter-Internationale angeschlossenen Verbände nicht zwei Internationalen angehören können.

Die Löhne in der russischen Metallindustrie

Der monatliche Nominallohn hat, so schreibt Erud vom 31. August 1926, im zweiten Vierteljahr des laufenden Jahres im Durchschnitt bei den Metallarbeitern 59,3 Tschernowogrubel erreicht (1 Tschernowogrubel ist seiner Kaufkraft nach 1 A ungeführ gleichzusetzen). Im Vergleich zu dem 1. Vierteljahr ergibt das eine Erhöhung um 3,5 vH. Der nominelle Tagelohn ist in der gleichen Zeit von 2,50 auf 2,66 Rubel gewachsen, was eine Erhöhung um 7,5 vH ausmacht. Das 3. Vierteljahr wird nach den bisher vorliegenden Angaben irgendwelche wesentlichen Änderungen im Monatslohn nicht mit sich bringen. Demgegenüber zeigt die Entwicklung des Reallohnes ein etwas anderes Bild. Im Laufe der ersten acht Monate der Jahre 1925/26 ergab sich folgendes (durchschnittliche Tageslöhne in Tschernowogrubel):

| Nominallohn | Reallohn | Nominallohn | Reallohn |
|--------------------------|----------|-------------------------|----------|
| Oktober 1925 . . . 2,43 | 1,89 | Februar 1926 . . . 2,66 | 1,42 |
| November 1925 . . . 2,56 | 1,44 | März 1926 . . . 2,72 | 1,39 |
| Dezember 1925 . . . 2,58 | 1,41 | April 1926 . . . 2,70 | 1,32 |
| Januar 1926 . . . 2,65 | 1,43 | Mai 1926 . . . 2,78 | 1,38 |

Die Zahlen bezeugen, daß die vom Verbanne der Metallarbeiter durchgeführte Lohnerhöhung im ersten Halbjahr 1926 durch die Preissteigerung verschlungen worden und daß der Tagelohn in der gleichen Zeitpanne etwas gesunken ist. Im Durchschnitt des laufenden Jahres werden die festgelegten Löhne in A nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen werden. Hinsichtlich des Reallohnes jedoch sind die Aussichten, den Vorkriegslohn zu erreichen, bisher nicht verwirklicht worden. Im 2. Vierteljahr erreichte er nur 74 vH des Vorkriegslohnes. Gegen Ende des Jahres wird er sich in Anbetracht der möglichen Senkung des Preisniveaus etwas erhöhen.

Der Moskauer Gewerkschaftsrat hat an alle Gewerkschaftsverbände des Moskauer Gouvernements ein Rundschreiben über die Befreiung des Alphabete ntums unter den Mitgliedern der Gewerkschaftsverbände gerichtet. Das Rundschreiben weist darauf hin, daß im Wirtschaftsjahre 1926/27 die Moskauer Gewerkschaftsverbände die Verzerrung des Alphabete ntums vor allem in den Verbänden der Textilarbeiter, der Landarbeiter, der Bauarbeiter und der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie durchführen müßten. (Erud v. 20. 8. 26.)

Zusammenschluß in Österreich

Im Mitteilungsblatt des Internationalen Metallarbeiterbundes lesen wir unter anderem: „Der Zentralverband der Maschinen- und Feiger- und verwandter Berufe hat in einer eben zum Abschluß gebrachten Abstimmung mit Stimmenmehrheit nicht vielleicht der abstimmenden, sondern der gesamten Mitgliedschaft keine Verschmelzung mit dem österreichischen Metallarbeiterverband beschlossen. Die Maschinenisten sollen im Metallarbeiterverband eine Sektion bilden, in der alle bei Energieherzeugung tätigen Arbeiter im Rahmen des Metallarbeiterbundes vereinigt sein sollen, auch wenn sie unter Umständen in anderen Industriezweigen, zum Beispiel im Bergbau beschäftigt sind. So entschied die Zentralstelle der österreichischen Gewerkschaften, die Gewerkschaftskommission, übrigens im Einklang mit dem Wunsch des Metallarbeiterverbandes. Die Vorgeschichte dieser Entscheidung zu erzählen, möchte viel zu weit führen. Sie ist nicht bloß eine gewerkschaftliche organisatorische Einheit, sie ist weit mehr, eine Notwendigkeit.“

